

FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Frankfurt am Main



Ausgabe Antikriegstag 2008

Vernunft muss her, statt Militär! Ausreiseverbot für die Bundeswehr!

Der siebenjährige Krieg in Afghanistan – an dem sich auch das deutsche Militär beteiligt – muss beendet werden. Dieser Krieg hat seine vorgeblichen Ziele nicht erreicht, im Gegenteil: der Alltag wird durch Gewalt, Terror und Drogenhandel geprägt. Die Bevölkerung Afghanistans leidet unter den Kriegsfolgen.

Die deutsche Bundesregierung erklärt die zivile Wiederaufbauhilfe zu ihrem Schwerpunkt für Afghanistan. Ein Vielfaches der Mittel wird für den Krieg ausgegeben. Die „zivile Komponente“ des Bundeswehreinsetzes dient zur Rechtfertigung des Krieges.

Im Herbst soll im Bundestag schon wieder über eine Verlängerung und Erweiterung der Zahl der Soldaten für Afghanistan abgestimmt werden.

Wenn deutsche Politiker es mit Wiederaufbau, Demokratie und der Verbesserung des sozialen Standards in Afghanistan ernst meinen, so müssen sie als erstes die Bundeswehr

aus Afghanistan zurückziehen.

Ein Grossteil der deutschen Bevölkerung ist gegen diesen Krieg! Die Bundesregierung darf sich nicht gegen den Friedenswillen des deutschen Volkes stellen.

Der Abzug der Bundeswehr würde die USA und andere Kriegsparteien unter Druck setzen, ihre Truppen ebenfalls abziehen. Dadurch erhielte der Frieden eine echte Chance.

Am 20.09. ruft die Friedensbewegung zu zwei bundesweiten Demonstrationen nach Berlin und nach Stuttgart auf. **BETEILIGEN SIE** sich!!!!



01. September = Antikriegstag

Wir fordern:

- ✪ TRUPPEN RAUS AUS AFGHANISTAN - DEM FRIEDEN EINE CHANCE
- ✪ Unterstützung für einen lebensfähigen Staat Palästina
- ✪ Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen
- ✪ Demokratie und Menschenrechte statt Militarisation
- ✪ Kein US-Hauptquartier in Wiesbaden

Dem Frieden eine Chance - bei uns damit anfangen.

Energiepreise steigen und steigen und... WER verdient daran?

In den vergangenen Monaten mussten wir immer mehr Geld für Produkte des täglichen Bedarfs ausgeben: unter anderem für Lebensmittel und Energie. Die Frankfurter Mainova hat eine



erneute Preiserhöhung angekündigt. Zum 1. September steigen die Gaspreise um rund 9%, die Preise für Strom um etwa 7%. Seit 2005 ist damit allein das Gas um 22% teurer geworden.

Hauptursache für den Preisanstieg sind -nach Konzernangaben- die gestiegenen Beschaffungskosten, die beim Erdgas an den Heizölpreis und damit an die Entwicklung des Erdölpreises gekoppelt sind. Die Konzerne, die damals den Markt beherrschten, hatten diese Klausel bereits in den 50er Jahren durchgesetzt. Es handelt sich um die Ölmultis, die

auch heute wieder prächtig an den Benzin- und Dieselpreisen verdienen. Für 2008 wird für die fünf größten Konzerne ein ausgewiesener Gewinn von 157.000.000.000 Dollar prognostiziert.

Im Einzelnen: Exxon (51 Mrd. \$), Royal Dutch/Shell (34 Mrd. \$), BP (30 Mrd. \$), Chevron (20 Mrd. \$), Conoco-Phillips (22 Mrd. \$) **[Alle Daten nach: FAZ vom 28. Juli 2008]**

Auch bei der Erdgasversorgung spielen große Konzerne, wie z.B. Eon-Ruhrgas und RWE, eine führende Rolle.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1: "Energiepreise steigen und steigen und... WER verdient daran?"

Bei den Strompreisen ist die starke Marktstellung weniger Konzerne ebenfalls von großer Bedeutung. So beträgt der Anteil von RWE, E.on, EnBW und Vattenfall an der deutschen Kraftwerksleistung über 80 Prozent. Sie beherrschen ausserdem das deutsche Überland-Stromnetz. Wie die Konzernmacht eingesetzt wird, dass es Kartellabsprachen gab, u.s.w., kann in dieser kurzen Skizze nicht ausgeführt werden.

Was tun?

Wichtig ist zunächst, dass

- ★ alle Bestrebungen der Strom- und Erdgaskonzerne, die verbliebenen Stadtwerke durch Privatisierung in ihre Verfügungsgewalt zu bekommen, entschieden abgewehrt werden!
- ★ Auch die Rückgängigmachung von bereits erfolgten Privatisierungen ist anzustreben.
- ★ Die Kommunen müssen über wesentliche Momente der Entwicklung und die Preisgestaltung dieses wichtigen Sektors der Daseinsvorsorge selbst entscheiden können!



**"Was den Armen zu wünschen wäre für eine bessere Zukunft?
Nur, daß sie alle im Kampf gegen die Reichen so unbeirrt sein sollen, so findig und so beständig, wie die Reichen im Kampf gegen die Armen sind."**

Erich Fried, einer der aus Deutschland emigrieren mußte, weil Hitler seinesgleichen für Parasiten hielt



Ein Job kostet 1785 Euro

Arbeitsagentur in Frankfurt ...

Dietmar Fettel (Name ... geändert) hat Pech. Sein Arbeitslosengeld I ist ausgelaufen. Für ihn gibt es kein Hartz IV, keine Grundsicherung von 351 Euro, plus Finanzierung der Miete und anteilige Heiz- und Energiekosten von 21,87 Euro monatlich. Denn seine Frau hat ...Einkommen ...und noch ... Ersparnisse für ihre Rente Diese muß Katja Fettel erst aufbrauchen,... bevor ihr Mann auch nur einen Cent Stütze ...erhält....Als Arbeitssuchender wird er obendrein vom Jobmarkt ausgegrenzt – dabei:...sucht ein...privater Zwischenhändler... 160 Verkäufer, 30 Postsortierer, 75 Botenfahrer ... Haas,... Consulting & Service GmbH, lockt: »Keine Zeitarbeit, 37,5-Stunden-Woche.«

...Vermittlungsgutschein

...[es] sind Voraussetzungen festgeschrieben: »Sie sind derzeit mindestens acht Wochen arbeitslos, um sich somit einen Vermittlungsgutschein von der Arbeitsagentur ausstellen zu lassen«,... 2.000 Euro plus 19 Prozent Mehrwertsteuer zahlt das Amt einem Vermittler für einen Gutschein, erklärt Haas gegenüber junge Welt. Was aber ist mit Fettel, ...? ... Der Arbeitsvermittler schlägt ihm vor, für die angebotene Stelle privat 1500 Euro plus 19 Prozent Mehr-

wertsteuer, also 1785 Euro zu zahlen. Dafür erhalte er einen unterschriebenen Arbeitsvertrag... die...Arbeitsagentur... Einen Vermittlungsschein könne er leider nicht erhalten, wegen der »gewissen Voraussetzungen«, ... »Da Ihr Mann aber keine Leistungen der Agentur mehr erhält, kann auch dieser Gutschein nicht ausgestellt werden, ... damit können auch nicht die Kosten eines privaten Arbeitsvermittlers ... übernommen werden«... Zunächst erhält Fettel eine sogenannte »Eingliederungsvereinbarung«... er [wird] aufgefordert, auch Zeitarbeitsfirmen in seine Suche mit einzubeziehen. Unterschreiben soll er, darüber informiert worden zu sein, daß er sich ansonsten »große Chancen« verbaue. Des weiteren wird er aus der Agentur ausgegliedert. Das wird die Rentenkassen entlasten...Die Arbeitslosenstatistik ist wieder aufgepoliert. Die »Beendigungsmeldung für die Arbeitslosigkeit ohne Leistungsbezug« ist in seinem Fall besonderer Hohn: Eigen-

bemühungen und Verfügbarkeit müßten vorliegen, heißt es darin. ...Fettel...würde gern als Bote arbeiten. Aber rund 1800 Euro zahlen...

Lesen Sie komplett nach in der Quelle: *junge Welt* vom 13.08.2008, Seite 3; Autorin: Gitta Düperthal



DKP Frankfurt

Hansteinstraße 4
60318 Frankfurt am Main
Telefon: 069 - 46 00 59 67
Fax: 069 - 95 51 76 05
email: dkp-frankfurt@email.de
Internet: www.dkp-frankfurt.de

die Welt von Kapital und Arbeit ...

Im 1. Halbjahr 2007 produzierten in Frankfurt noch 110 **Betriebe des verarbeitenden Gewerbes** mit mehr als 50 Beschäftigten. In ihnen waren 44.231 Männer und Frauen beschäftigt, die einen Umsatz von 7,73 Mrd. Euro erwirtschafteten.

Im Juli gab es in der Stadt Frankfurt 28.355 in der Statistik ausgewiesene **Arbeitslose**. Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, betrug 8,4%. Gegenüber dem Vormonat nahm die Zahl der Arbeitslosen um 294 Personen zu. 6.149 Arbeitslose (21,7%) zählten zum Rechtskreis des SGB III, 22.206 Menschen (78,3%) bezogen die Armuts-Sozialleistungen nach dem SGB II.

"Neckermann macht's möglich" ...

Das war einmal. Der neu eingestiegene Investor, Sun-Capital, will rigoros Kosten senken; da weitermachen, wo Karstadt-Quelle gescheitert ist und aufgehört hat. Belegschaft, Betriebsräte und ver.di widersetzen sich dem Konzept, das die Krise von Neckermann nicht bereinigen, sondern verschärfen würde.

Deshalb:

- keine Massenentlassungen bei Customer und Neckermann; für den Erhalt aller Arbeitsplätze in Frankfurt!
- Anerkennung der gültigen Tarifverträge!
- Tarifbindung muss für Alle gelten - für faire Arbeits- und Lebensbedingungen!

"MENSCH - nicht Kostenfaktor!"

Tarifrunde bei Banken und Versicherungen

Anfang September - in zeitlicher Nähe zur 4. Verhandlungsrunde am 16. September - soll es in der Region Frankfurt weitere Warnstreiks und Demonstrationen geben. Bereits im Juli hatten mehrere hundert Angestellte aus der Finanzbranche vor der Commerzbank demonstriert.

In der 3. Verhandlungsrunde haben die Arbeitgeber ein Gehaltsangebot mit einer Laufzeit von 30 (dreißig !!) Monaten vorgelegt, das mit 1,54% bereits im 1. Jahr einen deutlichen **Reallohnverlust** bedeuten würde. ver.di hatte 8%, mindestens 260 Euro mehr gefordert. Die Arbeitgeber schalten bisher auch bei allen anderen Verhandlungspunkten auf "stur". Es bleibt dabei, ver.di fordert:

- reale Gehaltserhöhung!
- tariflichen Kündigungsschutz!
- Regelungen zum Gesundheitsschutz, zur Altersversorgung und zum Vorruhestand!

Nur nicht neidisch werden...

Die Managergehälter stiegen im Jahr 2007 laut Pressemeldungen lediglich um 12%. Die Vorstandsvorsitzenden der 30 DAX-Konzerne mussten sich deshalb im vergangenen Jahr mit durchschnittlich 5,1 Millionen Euro **Jahreseinkommen** bescheiden.

Überdurchschnittlich positionierte sich Herr Ackermann, Chef der Deutschen Bank. Er erhielt für seine verantwortungsvolle Vorstandstätigkeit **14,3 Millionen Euro**.

Rabe meint..



Das neue Schuljahr hat begonnen! Die (immer noch) geschäftsführende Landesregierung unter Roland Koch hat einige, unwesentliche, Veränderungen im Bildungssystem vorgenommen.

Ein Richtungswechsel in der Bildungspolitik steht nach wie vor aus. Eine Aufzählung der Probleme macht das deutlich: Es sind (zu) viele Lehrerstellen in Hessen nicht besetzt. Die Klassen sind viel zu groß - in allen Schularten. Viele Eltern flüchten in private weiterführende Schulen - deren Zahl hat in den letzten Jahren zugenommen.

Ein Ausweg? NEIN!! - Privatschulen kosten Geld. Das zementiert: der Grad der Bildung hängt ab vom Geldbeutel der Eltern. Nicht nur in Hessen muss über die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) nachgedacht werden.

EINE Schule, in der **alle Schüler** unterrichtet werden, bedeutet: ob das Kind studieren oder ein Handwerk erlernen wird, entscheidet der Mensch selbst, im 9. bzw. 10. Schuljahr - es wird nicht am Ende des 4. Schuljahres festgelegt!

Eine von der CDU geführte Landesregierung akzeptiert solche Eigenständigkeit nicht

meint
Euer Rabe



gestern und HEUTE

Politik und Kultur am Antikriegstag 2008, 1. September

im Gewerkschaftshaus Frankfurt/M., W.-Leuschner-Str. 69-77

19.30 Uhr: **Lieder für das Leben** Lesung: "Wir leben trotzdem" mit Esther Béjarano, Überlebende des Mädchenorchesters von Auschwitz

18.00 Uhr: **Weltpolitischer Umbruch: Alternativen zu Krieg und Terror** mit Hans-Christof Graf von Sponeck ehemaliger UNO-Koordinator und Beigeordneter UNO-Generalsekretär

Gedenken an den Frankfurter Aufstand und die Opfer vom 18. September 1848 - ein Rundgang über den Hauptfriedhof mit Eberhard Dähne am Samstag, 20. September, 14.00 Uhr - Altes Portal (schräg gegenüber der Dt. Bibliothek) - Veranstalter: KunstGesellschaft in Zusammenarbeit mit Club Voltaire

3. Juli 1918: Flugblätter des Spartakus-Bundes werden von Polizei beschlagnahmt. Das Blatt fordert zum Massenkampf um den Frieden auf: "Besser im Zuchthaus um Freiheit und Sozialismus schmachten, als draußen Schergendienst als Mordknecht leisten...Lieber im Kampf um die Befreiung der Menschheit fallen, als im niederträchtigen Gemetzel im Dienste des Imperialismus. Wir haben nichts mehr zu verlieren."

Veranstaltung der DKP Frankfurt zur Novemberrevolution am Samstag, 08. November, 14.00 - 18.00 Uhr, Bürgertreff Gutleut

Die Roten feiern im Grünen

das alljährliche Sommerfest der DKP Frankfurt

und **40 Jahre DKP**

Wann: **7. September**, ab 12.00 Uhr

Wo: DGB-Jugendclub, W.-Leuschner-Str. 69-77/Untermainkai 68, Ffm

Was: Buffet und Kuchen - im Unkostenbeitrag von 5,- € enthalten

Gegrilltes und Getränke - im Angebot gegen Einzelabrechnung

wir wollen: » Euch überraschen

- » uns an die Gründung der DKP vor 40 Jahren erinnern
- UND ... ???

Wir freuen uns auf Euer Kommen.



Veranstaltung des Parteivorstandes

27. September 2008

Bürgerhaus Süd
Recklinghausen
13.30 bis 19.30 Uhr

Programm:

Revue: "40 Jahre DKP"

Diskussion: "Jetzt geht's richtig los"

Rote Runden - Konzert

Im Foyer:

So sind wir: Geschichte in Bildern, Kleinzeitungen, Filmausschnitten; Aktionen

Vorverkauf: 10 €

Abendkasse: 14 €, ermäßigt: 7 €

Karten, Infos und Mitfahrgelegenheiten gibt es beim Kreisvorstand,

Telefon (auch AB): 069-46 00 59 67

g
r
o
ß
e
S
c
h
w
e
s
t
e
r

U
Z

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Che würde UZ lesen!

Jetzt 10 Wochen testen!

Name

Vorname

Telefon / E-Mail

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

UZ - Zeitung der DKP
Lesezirkel jeweils 14-tägig
montags 18.30 bis 21.30 Uhr
bei Interesse melden - per
Telefon: 069 - 46 00 59 67 oder
E-mail an
dkp-frankfurt@email.de